

Eigentümer
eulen durch
nicht wenig
bedürftiger
liches Kind
gar nichts
ne Schwan-
it der Wei-
und sich in
t. Daß ein
erhaupt ge-
inen Dienst
zu finden.

grazier er-
e mehr die
tätigkeit der
innen ver-
e ländliche

Antrag der
Regierung
erwerbs-
durch be-
bet. Die
en mit der
t des An-
Bedens
zeit zu er-
Angelegen
nen letzten
leste Forde-
a hatte sich
form eines

lassen, in
Erwerbs-
Aufgabe
zu fördern.
Summen
er Staats-
Bundesrate
es Reiches
er Kaufs
ren. Dem
ungen, die
gemacht
wesentlich
berungen

he Klose".
Salbe Br.
rin Virgit

W 1096

al!

a. und
nung

t!

abl.

ektion

ahl

oo 4.

hr und
heiten.

bert,

Wiedersch.

flage.

ig. 20. VI.

Stimme

n

at die

ER

00090

st!

Beilage zu Nummer 65 der Volksstimme.

Freitag den 17. März 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 17. März 1916.

Zerfahrenheit in der Lebensmittelversorgung.

Die Klagen über die ungenügende Organisation der Nahrungsmittelversorgung mehrten sich dauernd. Sie haben nunmehr dem preussischen Ministerium Anlaß zu folgendem Schreiben an die Regierungspräsidenten gegeben:

Nach wiederholten Wahrnehmungen werden die Vorschriften der Verordnung vom 16. Dezember 1915 über die Verteilung von Nahrungsmitteln von den Gemeindevorständen nicht beachtet. Dies gilt namentlich von den Vorschriften des § 1, Absatz 1 und des § 3. Wir ersuchen Sie daher, die nachgeordneten Behörden zur Überwachung und Nachprüfung der Verteilung nachdrücklich anzuhalten, soweit dies nicht schon geschehen sein sollte.

Auch die übrigen zur Sicherung von Nahrungsmitteln erlassenen Bundesratsverordnungen werden nicht überall mit der durch die Kriegsverhältnisse unbedingt gebotenen Sorgfalt befolgt. Sie wollen daher auch hier für die erforderliche Überwachung sorgen. Falls anzunehmen ist, daß die Nichtbeachtung einzelner Verordnungen hauptsächlich auf Unkenntnis beruht, so wird es sich empfehlen, die Verordnungen oder ihre wichtigsten Vorschriften, sowie nötigenfalls auch die Ausführungsbestimmungen wiederholt in den für amtliche Verfügungen bestimmten Blättern bekanntzugeben.

Der amtliche Nachrichtendienst für Ernährungsfragen bemerkt hierzu: „Durch das Rundschreiben der Minister wird offensichtlich eine verstärkte und sorgfältigere Überwachung von Seiten der damit betrauten Behörden erreicht werden. Die kürzlich erfolgte erfreuliche Feststellung, daß ein nach der letzten Bestandsaufnahme unserer Brotgetreidevorräte vom 16. November 1915 befürchteter Fehlbetrag an Getreide nicht nur gedeckt, sondern darüber hinaus sogar Reserven von ungefähr 400 000 Tonnen vorhanden sind, anstatt der ursprünglich vorgesehene 200 000 Tonnen, also unsere Getreideversorgung für die Zeit bis zur kommenden Ernte vollständig gesichert ist, darf keineswegs als leichtfertiger Umgehung der für unsere Versorgung mit Getreide und Wehl erlassenen Verordnungen führen. Jeder muß sich darüber klar sein, daß auch trotz des reichlichen Vorhandenseins von Brotgetreide Sparmaßnahmen weiter am Platze und nationale Pflicht ist. Die zuständigen Behörden werden es auch hierbei an der nötigen sorgfältigen Überwachung und Durchführung der Verordnungen nicht fehlen lassen.“

Die Ursachen für die vielen Mängel in der Nahrungsmittelversorgung liegen im kapitalistischen System und in der Scheu, dieses System rücksichtslos anzugreifen. Daher auch die Verfahrenheit auf diesem Gebiete, die durch nachstehende Mitteilung aus Königsberg i. Pr. illustriert wird. Die Verbrauchervertreter der Preisprüfungsstelle in Königsberg i. Pr. haben einstimmig ihr Amt niedergelegt. In der Mehrzahl handelt es sich um bürgerliche Damen und Herren, die zur Überzeugung gelangt sind, daß ein weiteres Verbleiben in der Preisprüfungsstelle zwecklos ist. Die Verbrauchervertreter hatten ohnehin nur geringen Einfluß; in einigen Fällen aber, in welchen Beschlüsse der Preisprüfungsstelle zustande gekommen waren, hat sich nachher der Magistrat über diese Beschlüsse hinweggesetzt und den Höchstpreis eigenmächtig erhöht, oder ihn bei einer Ware ganz gestrichen. Bei der Festsetzung des Höchstpreises für Kaffee hatte der Vertreter der Verbraucher erklärt, ein Höchstpreis von 2.40 Mark pro Pfund würde genügen. Darauf hatte der Magistratsvertreter Bedenken geäußert, ob dieser Preis auch ausreichen würde, und damit die Interessenten ermuntert, höhere Preise zu fordern. Die Preisprüfungsstelle hat 2.40 Mark beschlossen, doch in den nächsten Tagen hat der Magistrat den Kaffeehöchstpreis gestrichen und den Händlern vollkommen freie Hand gelassen. Unter diesen Umständen bieten die Verbrauchervertreter es für überflüssig, in einer Körperschaft zu bleiben, die in dieser Weise ausgeschaltet wird.

Unsere Genossen, die in den einzelnen Kommunen an ähnlichen Stellen wirken und mit ihren Ansichten und Äußerungen systematisch niedergedrückt werden, sollten sich obiges Beispiel als Muster nehmen und gegebenenfalls auch die Konsequenzen ziehen. Sie können dann später nicht für die Sünden der Verwaltungen zur Verantwortung gezogen werden.

Das neue Schuljahr beginnt für die Volks- und Mittelschulen am Sonntag den 1. April. Um 8 Uhr finden Konferenzen der einzelnen Lehrerkollegien statt. Der Unterricht für die bereits eingeschulten Kinder fängt um 10 Uhr an und die Aufnahme der Schulanfänger am 10. April.

Briefe nach dem Stappengebiet in Belgien. Briefsendungen (gewöhnliche freigelegte offene Briefe, Postkarten und Warenproben) an die Bevölkerung im Stappengebiet in Belgien und im Kommandanturbereich Belgien brauchen fortan nicht mehr unter doppeltem Briefumschlag aufgelegt zu werden. Die Aufschrift auf allen Sendungen hat künftig den Namen des Empfängers und seinen Wohnort — unter Hinzufügung der nächstgelegenen Stappenskommandantur — und getrennt durch einen starken Strich, darunter den Zusatz zu enthalten: „durch die Stappensinspektion Gent, postlagernd Brüssel“.

Beispiel:
Herrn R. R.
Aue Ronale 1
Gramme bei Deynse
Durch die Stappensinspektion Gent
postlagernd Brüssel.

Stappenskommandanturen bestehen in Gent, Thiel, Kortrijk, Kalk, Sclaa, Deynse, Beernem, Audenarde, Beverdörben, Tonder, Waveren, St. Nicolas, Erbelde und Brügge.
Festlegung der Paketanzahl. Seit Kriegsbeginn macht sich ein Postpaketverbot ein Unbehagen bemerkbar, dessen Beseitigung dringend geboten ist. Wir meinen das Verbot der Aufschreiben von den Paketen während der Beförderung. Ihr Fehlen führt natürlich alle möglichen unangenehmen Folgen nach sich. Man weiß nicht, wohin mit der Sendung; sie wird verzögert, verdirbt und verursacht viel Ärger und Verdruß. Die Ursache liegt in den verschiedensten Fällen an der Post. In der Regel trägt die Schuld die ungeeignete Art der Aufschrift selbst oder ihre unzulängliche Befestigung am Paket. Häufig wird ganz minderwertiger, schlecht haltender Leim verwendet. Dann aber benutzt man nicht, daß auf dem Paketband, auf Böden, Eimern, Büschen und dergleichen aufgeschriebene Aufschriften schlecht haften. Für solche Sendungen empfiehlt

es sich, kräftige, mit Oesen versehene Fäden zu verwenden und sie mit gutem Bindfaden fest anzubinden. Wer dies bei der Herstellung seiner Pakete nicht beachtet, kann leicht großen Schaden davon haben.

Naturfreunde Wiesbaden Sonntag den 19. März: Tageswanderung. Abfahrt 5 Uhr 19 Min. nach Niederrhausen—Waldhütten—Seelenberg—Bierdörfel—Frankfurter Hütte. Rückmarsch oder Rückfahrt nach Vereinbarung.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Bierstadt, 17. März. (Gemeindevertretung.) Der Preis für das Zerklüppern der Waldsteine für die Zustandsetzung des Bismarckweges nach Alppenheim wurde für den Kubikmeter von 1.80 auf 2.30 Mark erhöht. Die Kosten für die Unterhaltung der Ortsstraßen und Bismarckweg wurden im Betrage von 4000 Mark genehmigt.

Wiesbaden, 16. März. (Sozialdemokratischer Wahlverein.) Am Samstag den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Kaiser Adolf“ eine Frauenversammlung statt. Genossin Eisinger (Mainz) wird einen Vortrag halten. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kreistag Höchst.

Der Kreistag für den Kreis Höchst hielt unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Klauwer seine zweite diesjährige Tagung ab. Zunächst machte der Vorsitzende Mitteilung von der Amtsniederlegung des Abg. Christ (Höchst). Dann beriet man über die Kriegsunterstützungen. Der Gesamtbetrag der seit August 1914 bis Ende Februar 1916 gezahlten Unterstützungen hat jetzt die Höhe von 3 587 448 Mark erreicht. Zuletzt haben Unterstützungen erhalten 5417 Ehefrauen, 10 654 Kinder unter 15 Jahren, 183 Kinder über 15 Jahren, 281 uneheliche Kinder und 1684 sonstige unterstützungsberechtigte Personen, zusammen 18 219 Seelen. Der Kreisausschuß beantragte für die Unterstüttung die Bewilligung einer weiteren Million Mark, der Kreistag dagegen bewilligte einstimmig 2 Millionen, worin jedoch schon 600 000 Mark früher bewilligter Gelder enthalten sind, die die Zustimmung der Behörden nicht erhalten hatten.

Hessischer Landtag. Zweite Kammer.

Darmstadt, 16. März. In der fortgeführten Generaldebatte über den neuen Staatsvoranschlag für 1916 forderte

Abg. Brauer (Vd.) die Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches und dazu für die Einzelstaaten die finanzielle Existenz; also Schutz vor Eingriffen des Reichs auf das Gebiet der direkten Steuern, der Haupteinnahmequelle der Einzelstaaten. Der Redner erörterte im einzelnen die übrigen Hauptpositionen in den Einnahmen des Reichs.

Abg. Wolfhahn (Ztr.): Die Betrachtung des Vorredners über die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege ist zu pessimistisch; der Ministerpräsident hat da das Richtige getroffen. Man braucht nur an die Lage der Landwirtschaft zu denken, die reichliche Landwirtschaft hat eine gute Winterernte gehabt. Es darf da natürlich nicht gleich die Weinsteuern kommen. Von einer Steuerfreiheit in der Bevölkerung ist mir nichts bekannt.

Abg. Henrich (Nostf. Vp.): Im Vergleich zu den großen Vorgängen auf den Kriegsschauplätzen ist die Arbeit hinter der Front klein, aber sie ist ebenso nötig. Die Aufwärtsentwicklung unserer Landesfinanzen wurde durch den Krieg jäh unterbrochen. Die ausgefallenen Einnahmen von etwa 20 1/2 Millionen Mark reichen gerade aus, um die Fehlbeträge aus den Kriegsjahren zu decken. Es wäre aber ein Fehler, sie dazu zu verwenden. Im Gegenteil, für die kommende schwierige und ungewisse Zeit müssen die Fonds wenigstens in der Hauptsache intact bleiben. Der größte Teil der Fehlbeträge muß wohl auf Anleihe genommen werden. An der Verzinsung des Besitzes zu den Steuerlasten vorüberzugehen, das bedeutet die Erschütterung der Grundlagen des Reichs. (Zustimmung links.) Man weiß natürlich, daß man andererseits auch indirekte Steuern in Kauf nehmen muß, daß Monopole kommen werden. In diesem Kriege verdient die Gütererzeugung unser volles Lob; nicht aber die Verteilung des Erzeugten, die nicht befreit. Unverflucht und Mangel stehen immer noch nahe beisammen. Wenn der Städter die Wohnungen nicht wie „Verflucht sein Brotgetreide“, oder „Keine übermäßigen Hausflachtungen“ und ähnliche Warnungen an die Landbevölkerung, dann ist es kein Wunder, wenn sich der Verbraucher eine Erregung bemächtigt. Früher habe ich viel vom freiwilligen Einordnen gehalten, in dessen heute sage ich, ohne Zwangsmaßnahmen kommen wir gar nicht aus!

Abg. Ulrich (Sog.): Wie im Vorjahre werden wir auch diesmal in Anbetracht der Verhältnisse für das Budget stimmen, unbeschadet unserer grundsätzlichen Haltung. Unsere Auffassung, wie die fehlenden Mittel zur Gleichstellung des Voranschlags aufzubringen wären, haben wir in unserem Antrage niedergelegt. Im Rahmen des Einkommensteuergesetzes von 1890 ist es möglich, die drei unteren Klassen von der Steuer gänzlich zu befreien, wie wir das im ersten Teile unseres Antrags fordern. Jede Belastung, die man heute diesen Einkommen zumutet, bedeutet ein Unrecht, eine Beschränkung der Lebenshaltung unter das Minimum. Durch den Krieg oder werden Tausende von Witwen und Invaliden geschaffen, deren Einkommen unter diesem Minimum bleiben wird. Wenn die Steuerbefreiung von 300 000 Menschen zusammen 1 Million kosten wird, so haben wir in unserem Antrage auch das beachtet und den Ausfall zu beschaffen gefordert im zweiten Teile des Antrags durch die Forderung einer härteren Progression. Weiter wollen wir laut Absatz 3 die Vermögen in anderer Weise heranziehen. Wenn die zweite Kammer jetzt beschließen wollte, entsprechend unserem Antrage die unteren drei Klassen von der Steuer zu befreien, dann würden wir ja schließlich sehen, was die beiden anderen gesetzgebenden Faktoren tun. Es läge also nur auf den Willen dieses Hauses an. Wir müssen jedenfalls bitten, eine Zustimmung für unseren Antrag zu bekommen, daß der Präsident die Abstimmung so leitet, daß wir erst für unseren Antrag stimmen können. Auch der Antrag Henrich ist einer Abstimmung wert. (Zuruf.) Javohl, persönlich hat mir der Präsident zugeflüstert, die Abstimmung so zu leiten, wenn das Haus einverstanden ist. Wird unser Antrag abgelehnt, dann ziehen wir uns auf den Antrag Henrich für eine Kriegsteuer zurück, der immer noch eine Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage ist. Mit dem Verbot der Hausflachtungen auf dem Lande hat unsere Regierung auch nur Unheil angerichtet. Der Redner befragt dann noch einzelne Gruppenpositionen des Budgets, über die Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung bestanden und kommt zu dem Schluß, hier den Vorschlägen des Finanzausschusses zu folgen, auf diese Weise werde man sich vor Festlegungen für die Zukunft schützen. (Beifall.)

Nach weiteren Ausführungen des Ministerialpräsidenten Dr. Becker wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt, da um 6 Uhr nachmittags noch eine Ausschusssitzung stattfinden soll.

Sossenheim, 17. März. (Brand.) In der vergangenen Nacht entstand in den Wirtschaftsgebäuden des Kaufmanns Kay an der Hauptstraße ein Brand, der das Gebäude einschloß. Ein großer Teil der Vorräte konnte jedoch von der Feuerwehr, die etwa 1 1/2 Stunden zu tun hatte, gerettet werden. Auch die schwer gefährdeten Nachbarhäuser konnten vor der Vernichtung bewahrt werden.

Griesheim, 17. März. (Straßensperrung.) Wegen Ausföhrung der Kanalisation bleibt die Straße von Montag den 20. März bis auf weiteres für den Fußverkehr gesperrt. Der Fußverkehr zwischen Griesheim und Mainzer Landstraße geht nur über die Feldstraße. Die Sperrung der Feldstraße ist bei Straßeverbauungen (Unregelmäßigkeiten beim Schweinefleischverlauf) sollen auch hier am letzten Montag vorgekommen sein, jedoch die Frauen nach Stundenlangem Warten ohne Fleisch heimgehen mußten, während die Bessersituierten größere Vorräte aufgeben konnten. Die Erfahrungen, die man anderwärts gemacht hat, hätte man doch gleich in der hiesigen Gemeinde in Anwendung bringen können.

Höchst-Unterliederbach, 17. März. (Mittung, Parteigenossen.) Am Samstag den 18. d. Mts., abends halb 9 Uhr, findet im Lokale „Zum Vogel Nest“ unsere Mitglieder-Versammlung statt. Wir ersuchen alle Parteigenossen und Genossinnen, in dieser Versammlung vollständig und pünktlich zu erscheinen. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Genosse Walter berichtet über die Tätigkeit der Kriegsfürsorge hier am Orte. Auch die Frauen der Kriegsteilnehmer müssen in der Versammlung erscheinen.

Battersheim, 17. März. (Zur Beachtung!) Am Sonntag nachm. 3 Uhr treffen sich die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ und deren Eltern in der „Erholung“, um einige Stunden eifrig zu verbringen. Da auch die Arbeiterjugend von Höchst und verschiedenen anderen Orten ihren Besuch in Aussicht gestellt hat, dürfen wir wohl erwarten, daß auch die Parteimitglieder und Gewerkschaftsmitglieder von Battersheim vollständig vertreten sind.

Klein-Schalbach, 16. März. (Gemeindevertretung.) In der III. Klasse wurde Genosse Stör mit 23 gegen 15 Stimmen, die der Schreiner Theod. Weber erhielt, gewählt. Die Wahlbeteiligung war eine sehr geringe, aber auch von unserer Seite. Einige von unseren Gegnern konnten es nicht überwinden, in letzter Stunde eine Gegenkandidatur aufzustellen. In der II. Klasse wurde für den ausföehrenden Hob. Freund der Landwirt Peter Han III. mit 18 gegen 9 Stimmen gewählt, und in der I. Klasse der ausföehrende Amtsbrot Lindheimer und der Zimmermann G. Kirich mit 7 Stimmen wiedergewählt.

Enthheim, 16. März. (Lebensmittelnot.) Schon seit Montag gibt es hier in der Gemeinde kein Brot zu kaufen. Hunderte von Leuten laufen von einem Laden in den andern, um Brot zu kaufen, und leer müssen sie alle wieder fort. Vor Freitag soll es auch, wie gesagt wird, keine geben. Was langen all die vielen Arbeiterfrauen mit ihrer großen Zahl von Kindern an? Hunderte laufen von hier nach dem Gemeindefriedhof und Wilschhofheim, aber auch von dort kommen sie leer zurück. Dort wird ihnen gesagt, laßt eure Bäder kein Brot nach auswärts verkaufen, dann habt ihr auch Brot. So viel man beobachten kann, kommen tatsächlich die Leute von Friedenheim und Vergen nach Enthheim und holen ganze kleine Wagen voll Brot. Was tut der Bürgermeister? Den bei ihm vorstehenden Leuten wird gesagt, geht nach Hanau zum Landrat, der ist schuld daran. Der Landrat versichert dann, dieses Unheil zu beseitigen, aber bis heute ist noch nichts geschehen. Es wäre an der Zeit, diese ungläublichen Ansprüche gründlich zu beseitigen. Also laßt Tage ohne Brot. Was für ein Unheil für so eine arme Arbeiterfamilie mit 7 bis 8 Köpfen. Wo ist die Gemeindevorstellung?

Hanau, 17. März. (Milk-Anmeldung.) Der Magistrat macht hierzu bekannt: Wir machen alle Milchhändler und andere Personen, die Milch in Hanau unmittelbar an die Verbraucher abgeben, darauf aufmerksam, daß die Anzeigen über die in der letzten Monatshälfte abgegebene Milch rechtzeitig bis zum 5. und 20. eines jeden Monats eingereicht sind und daß Unterlassungen in Zukunft bestraft werden. Angzugeben ist die gesamte Milchmenge, die unmittelbar an die Verbraucher in der vorausgegangenen Monatshälfte abgegeben ist, also nicht die tägliche Milchmenge und ebenso nicht diejenige Milch, die an Zwischenhändler abgegeben wird.

Daaden a. d. Sieg, 16. März. (Tod des Bergmanns.) Auf der Grube „Eiserne Hand“ wurde am Montag der Bergmann Weber aus Schuchbach durch herabfallen des Gesteins so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit starb. Der Verunglückte ist Vater von sieben Kindern.

Weilburg, 16. März. (Mutter und Sohn gemeinsam beerdigt.) In der vorigen Woche verunglückte auf der bei Eßershausen gelegenen Eisensteingrube „Friedr.“ der Bergmann August Stuhl aus Weilsberg durch einen zur Unzeit explodierenden Sprengstoff. Der Schwerverletzte wurde sofort nach der Giesener Klinik übergeführt, woselbst er am Freitag seinen Verletzungen erlag. Die Nachricht von dem Hinscheiden des Sohnes erschütterte die Mutter so sehr, daß auch sie alsbald verstarb. Gestern wurden Mutter und Sohn gemeinsam beerdigt.

Aus Frankfurt a. M.

Die Abhaltung des Frauentags in Frankfurt a. M. verboten!

Auf Anfrage beim Polizeipräsidenten wurde dem Parteisekretariat Frankfurt a. M. der mündliche Bescheid, daß der für Sonntag den 19. März geplante Frauentag nicht stattfinden darf.

Oberbürgermeister Voigt über den Stand der Gemeindeangelegenheiten.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung überreichte Oberbürgermeister Voigt den Stadtverordneten den neuen Etat für 1916/17. Erläuternd führte er dazu aus:

Meine Herren! Die im Vorjahre ausgesprochene Hoffnung auf einen baldigen Frieden hat sich nicht erfüllt. Deshalb ist auch der Ihnen heute vorgelegte Etat ein Kriegsetat; und dieses Wal glauben wir ohne Vorbehalt, daß er das ganze Rechnungsjahr 1916 wird durchgeföhrt werden müssen, selbst dann, wenn im Laufe des Jahres der ersehnte Frieden geschlossen wird, denn die Zeit unmittelbar nach dem Kriege wird wirtschaftlich der Kriegszeit nicht unähnlich sein. Auch dann noch werden Unterstützungen der Kriegsbeteiligten in großem Umfange notwendig sein und die Regelung der Lebensmittelversorgung wird nicht allein einen großen Aufwand an Geld, sondern auch an Organisation und Arbeit notwendig machen. Während die Voranschläge der Friedenszeit im Ordinarium sowohl wie im Extra-Ordinarium von Jahr zu Jahr eine erhebliche Steigerung aufwiesen, bleiben in diesem Jahre die Einnahmen und Ausgaben des Hauptetats mit 61,7 Millionen Mark gegen den letzten Friedensetat vom Jahre 1914 von 62,8

Millionen Mark noch zurück. Die Ausgaben des Extra-Ordinariums der allgemeinen Verwaltung und der Betriebe schwanken im Friedensjahre zwischen 20 und 30 Millionen Mark, während das Extra-Ordinarium des kommenden Rechnungsjahres im ganzen nur 5,8 Millionen Mark beträgt.

Das Ordinarium ist unter Anwendung größter Sparfahigkeit aufgestellt worden. Wie bereits im Vorjahre, ist mit dieser Sparfahigkeit zunächst beim Beamtenkörper begonnen. Eine große Zahl freigebliebener Stellen ist unbesetzt geblieben. Bei der Tiefbau-Verwaltung sind 247.500 Mark weniger in den Etat eingestellt worden. Die Ersparnis würde in noch größerem Umfang wahrnehmbar sein, wenn nicht die Mehreinnahmen der Stadt aus dem alten Aktienbesitz der Gasgesellschaft aus dem Etat der Stadtbefestigung, in die Etat der wirtschaftlichen Betriebe hinübergenommen wären. Von der Ersparnis im Tiefbau-Etat entfallen allein auf die Straßen-Reinigung 185.000 Mark. Die starke Einschränkung der Straßenreinigungskosten hat im abgelaufenen Kriegsjahre Mängel, die nicht zu ertragen wären, nicht begünstigt. Dagegen zeigen die Ersparnisse nicht aus, um die Mehrkosten der Betriebe der Tiefbau-Verwaltung zu decken. Der Fuhrpark allein erfordert wegen der Mehrkosten der Unterhaltung der Pferde und des Rückganges der Fuhrleistungen 140.000 Mark mehr. Die Mindereinnahmen an Kanal- und Abwasserabfuhrgebühren und an Wasser- und Abwasserentgelten während des Kriegsjahres, die unter diesen Umständen der seit 1913 erhöhte mäßige, übrigens logisch abgemessene Zuschlag zum Wasserentgelt aufrechterhalten werden mußte, liegt auf der Hand.

Wenn der

Etat des Schulwesens

um 417.000 Mark günstiger gegen das Vorjahr absteht, so kommt das nicht allein daher, daß auf Grund der im Kriegsjahre gemachten Erfahrungen die Schulgebäude der höheren Schulen höher geschätzt werden konnten, als im Vorjahre angenommen worden war, sondern insbesondere daher, daß aus dem Ordinarium des Schul-Etats in diesem Jahre nur 250.000 Mark gegen 400.000 Mark im Vorjahre und 800.000 Mark in früheren Jahren in den Schulbau-Etat eingelegt worden sind. In diesen aus Abweisung M. dem Schulbau-Etat zuzurechnenden 250.000 Mark kommen noch weitere 150.000 Mark aus den Erträgen der früheren Steuerreform, so daß in diesem Jahre nur 400.000 Mark dem Schulbau-Etat zufließen. Diese Dotierung erscheint zwar knapp bemessen, aber doch ausreichend mit Rücksicht darauf, daß der Bau-Etat für Volksschulen und Mittelschulen am 1. April 1916 noch einen Bestand von fast 800.000 Mark aufweist, und für die nächste Zukunft voraussichtlich größere Schulbauten nicht in Aussicht stehen.

Bei den Leistungen für häusliche Zwecke erfordert die Polizeiverwaltung wiederum 30.000 Mark mehr als im Vorjahre, in der Hauptache wohl als Folge des Rückganges des Polizei-Budgets. Im übrigen schließt dieser Fonds etwas günstiger als im Vorjahre ab, namentlich deswegen, weil die Steuer für den Besitz von Grundstücken infolge Herabsetzens des unlagersfähigen Steuerfolls mit 135.000 Mark geringer angelegt werden mußte.

Zu den Ausgaben für die Armenverwaltung, die ungünstiger als im Vorjahre absteht. Der Veranlassung der Stadtkämmerei steht nach der letzten Mittelschätzung voraus als im Vorjahre, so daß die Stadtkämmerei einschließlich Mindereinnahmen bei der Fortschreibung für Polizeiverwaltung mit 96.000 Mark ungünstiger als im Vorjahre abschließt.

Daß die

Ausgaben für die Armenverwaltung

trotzdem für das Jugendamt größere Ausgaben gemacht worden sind, als in früheren Jahren, nur um 94.500 Mark angewachsen sind, läßt daher, daß die Armenverwaltung durch die Kriegsmittelverknappung in gewissem Umfange entlastet ist. Dieser Posten wird sicherlich durch sein Steigen nach dem Friedensschlusse auf die Gesamtgestaltung des Etats einen wesentlichen Einfluß ausüben, obwohl es selbstverständlich ist, daß die Räte, die durch den Krieg entstanden sind, auch nach dem Friedensschlusse in der Regel nicht durch die Armenverwaltung, sondern aus sozialen Hilfsmitteln aufgebracht werden müssen. Von den Krankenanstalten hat das Krankenhaus Schenkenhausen mit seinen Zweiganstalten eine Mehrausgabe von 250.000 Mark zu verzeichnen, abgesehen die Pflegekosten der Krankenanstalten auf 2 Mark erhöht werden sind und die Militärverwaltung nunmehr 4 Mark für Mannschaften und 6 Mark für Offiziere zahlt. Dieser Mehrausgabe trotz der erhöhten Pflegekosten ist eine Folge der hohen Preise für die Verpflegung, für das Verbandsmaterial und andere Gerätschaften.

Bei dem Etat für Kunst und Wissenschaft ist ein Mehrbedarf von über 55.000 Mark zu verzeichnen. Daraus entfallen kleinere Beträge auf die Stadtbibliothek und die Galerieverwaltung. Den Hauptanteil am Mehrbedarf nehmen die Ausgaben des Zoologischen Gartens ein, dessen Betriebsbedarf bisher von der Zoologischen Gesellschaft getragen worden ist, allerdings nur dadurch, daß das Defizit lediglich aus Anleihen entnommen worden war. Für die beiden Stadttheater ist die frühere Subvention, wie das für dieses Jahr bereits beschlossen war, wiederum als feste Subvention eingestellt. Bei den Verhandlungen über die Neugestaltung der Theaterverhältnisse, die voraussichtlich bald ihren Abschluß finden werden, ist eine Erhöhung dieser Subvention nicht in Aussicht genommen.

Die

Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen

sind zwar mit fast 900.000 Mark mehr eingestellt. Dieser Ueberschuss ist aber nur scheinbar. Er ist daraus entstanden, daß eine anderweitige Berechnung der Vergütung und Tilgung der Anleihen für die Betriebe stattgefunden hat, insofern, als bisher die Annuitäten mit einem Durchschnittssatz berechnet waren, während nunmehr wichtiger den Beträgen der wirklichen Ausgaben für die für sie aufgenommenen Anleihen befolgt werden. Der Ueberschuss der Straßenbahn insbesondere hat gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres um 600.000 Mark höher eingestellt werden können, nachdem allmählich wieder eine Steigerung des Verkehrs auf der Straßenbahn stattgefunden hat. Der Mehrerlös der Straßenbahn erhöht sich nach dem Vorjahre, daß in diesem Jahre 200.000 Mark in den Erneuerungsfonds eingestellt worden sind, während davon im Vorjahre abgezogen werden mußte.

Die betragsmäßige Uebernahme der 7,7 Millionen Mark Aktien der Frankfurter Gasgesellschaft übt auf den Etat noch keinen Einfluß aus, da die Zahlung des Ankaufspreises für die Aktien und die Abschreibung erst 6 Monate nach dem Friedensschlusse erfolgt. Nur die den städtischen Betrieben im Aufsichtsrat zuzurechnende Liane von zusammen 68.000 Mark wird beim Etat der Gaswerke den Einnahmen aus dem bisherigen Aktienbesitz hinzugefügt. Der Oberbürgermeister berichtet dabei über die Verhandlungen wegen Einführung eines Einheitspreises für Leuchtgas, die einmütigen Zustimmung gefunden haben, und wegen des Verkaufs des Holz an drei Großfirmen.

Ueber die

Steuerverhältnisse

folgt er: Die Gemeinde-Einkommensteuer, die in dem Etat des Vorjahres auf 18 Millionen Mark angesetzt war, ist in diesem Jahre mit 18,3 Millionen Mark zum Ausgleich des Etats angesetzt. Der Mehrerlös ist verhältnismäßig gering. Zur Erreichung dieses Ertrages muß aber ein höherer Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden, da die im Vorjahre eingeleiteten 18 Millionen bei einem durchschnittlichen Zuschlag von 180 Prozent bei weitem nicht erreicht worden sind. Es ist daher mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Einkommensteuer des kommenden Jahres nahezu 1 Million Mark hinter dem Voranschlag zurückbleiben wird. Nach den Wirtschaftsergebnissen und nach den Steuererklärungen dieses Jahres würde der frühere Steuerfuß nur eine Einnahme von etwa 16,7 Millionen Mark erbringen, wobei zu erwähnen ist, daß der Anstieg der Steuern durch die Befreiung von Kriegsteilnehmern die Summe von 800.000 Mark annehmen wird. Da aber der Etat, wenn nicht andere Steuern oder Gebühren erhöht werden sollen, nicht zum Ausgleich zu bringen ist ohne eine Erhöhung an Gemeindesteuern von 1,6 Millionen Mark, so ist es erforderlich, den Durchschnittssatz der Einkommensteuer um

15 Prozent, also von 180 auf 207 Prozent, zu erhöhen. Von einer gleichzeitigen Erhöhung der Realsteuern haben wir auch in diesem Jahre Abstand nehmen zu müssen geglaubt, aus Rücksicht auf die Hausbesitzer, denen bei den Realsteuern und Realvermehrungen für Hypothekenzinsen und für die Gebäude-Unterhaltungskosten nicht noch mehr Steuern zugemutet werden können. Auch von der Erhöhung der Tarife des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn haben wir zurzeit Abstand genommen. Wir haben vor kurzer Zeit die Gebühren für den elektrischen Strom von 50 Pfennig für die Kilowattstunde in zwei Abteilungen auf 40 Pfennig ermäßigt, und wenn auch der Beweis, für die von uns angenommene Tatsache, daß dadurch eine Herabsetzung der städtischen Einnahmen nicht eintreten wird, wegen der ganz veränderten Verhältnisse nicht erbracht werden kann, so entspricht es doch den überall gemachten Erfahrungen, daß eine Verringerung des Verbrauchs erfolgt. Gerade für die Kriegszeit, in der der Mangel an Petroleum auch weniger bemittelte Personen gezwungen hat, Gas oder Elektrizität zu benutzen, ist die Verringerung des Strompreises für unsere Bevölkerung zweifellos gewinnbringend.

Auch bei der Erhöhung der Einkommensteuer ist es gänzlich ausgeschlossen gewesen, die finanzielle Ordnung derjenigen besonderen Klassen aus nur einzelnen, die seit einer Reihe von Jahren der Ordnung harren, ich meine die Straßen-Reinigungs- und auch die Spezialklasse für öffentlichen Grundbesitz. Diese letztere Klasse hat der Magistrat bisher nicht für überschuldet gehalten; im Gegenteil, es ergab sich nach einer im Jahre 1910 vorgenommenen sehr sorgfältigen Schätzung noch ein Aktivsaldo von 48 Millionen Mark. Ob aber die Grundbesitz unter dem Einfluß des Krieges und der ganz veränderten Verhältnisse auch nur annähernd den im Jahre 1910 geschätzten Wert behalten werden, ist zweifelhaft.

Als eine endgültige Regelung kann diese Festsetzung des Steuerfolls nicht angesehen werden; eine solche ist auch nicht möglich, solange nicht feststeht, welche Summen der Stadt als dauernde Kriegsschulden verbleiben werden und welcher Betrag für die Verzinsung und Amortisation durch städtische Steuern aufzubringen sein wird. Diese eigentlichen

Kriegsausgaben

stehen auch in diesem Jahre außerhalb des Etats. Um welche Summen aber es sich dabei handelt, geht aus folgenden Zahlen hervor: Am 1. Februar 1916 wurden rund 21.000 Familien mit 60.500 Personen unterstützt und zwar betrug die Höhe dieser Unterstützungen 750.000 Mark. Am 1. Januar 1916 dagegen war die Zahl der Familien auf 35.500, der unterstützten Personen auf 86.300 angewachsen und die Summe der Unterstützungen betrug 1.570.000 Mark für den Monat ohne die steigenden Beträge an die Familienhilfe der Kriegsfürsorge. Die Gesamtausgaben für Familienunterstützungen werden für die Zeit vom 1. August 1914 bis 31. März 1916 betragen: zu Lasten des Reichs 1.600.000 Mark und zu Lasten der Stadt einschließlich der Beträge an die Kriegsfürsorge 14.200.000 Mark.

Von diesen Beträgen werden Reich und Stadt bis Ende dieses Monats aus dem Kriegsmittelverwaltungs-Fonds bereits 5.700.000 Mark erhalten haben, so daß wir zu Lasten des Reichs und der Stadt zusammen noch rund 20 Millionen Mark aufwenden haben. Dieser Summe hat die Zentralverwaltung der Kriegsfürsorge aus eigenen privat gesammelten Mitteln noch rund 5,4 Millionen Mark lediglich für die Familienhilfe ausgegeben.

Nach den von den städtischen Körperschaften festgestellten Unterstützungen der Familienunterstützungen werden künftig für die Dauer des Krieges monatlich rund 2 Millionen Mark auszugeben sein. Diese erheblichen Summen müssen im Wege des Zwischenschritts aufgebracht und naturgemäß hoch verzinst werden. Auch die Ausgaben für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln (Kartoffeln, Weizen usw.) sind in der letzten Zeit erheblich gewachsen. Zurzeit beträgt der von der Stadtklasse gewährte Vorratsschuss mehr als 3 Millionen Mark, bei einer Gesamtausgabe von über 22 Millionen Mark, denen etwa 19 Millionen Mark Einnahmen gegenüberstehen. Welcher Betrag davon endgültig der Stadt als Verlust zur Last fällt, läßt sich noch nicht übersehen. Die reinen Verwaltungsausgaben für die städtischen Geschäfte der Lebensmittelversorgung haben aber bereits die Summe von 600.000 Mark erreicht.

Die Städte müssen vom Reich fordern, daß die Zuschüsse, die für die Lebensmittelversorgung der mündelvermittelten Bevölkerung notwendig sind, nicht von den Städten, sondern vom Reich getragen werden, weil die Städte zu weiteren Aufwendungen dafür auf die Dauer außerstande sein werden. Die preussische Staatsregierung hat hiermit durch die Maßregel der Schweinefleisch bereits einen Anfang gemacht. Was hier zugunsten der Mäher geschehen ist, müßte allgemein geschehen zugunsten der Kommunalverhältnisse, denen die Lebensmittelversorgung zum Teil reichsgesetzlich aufgelegt worden ist. Diese müssen in die Lage gesetzt werden, bei dem fortgesetzten Steigen der Preise für die dringend notwendigen Lebensmittel, wie z. B. für die wiederum verteuerten Kartoffeln, diese der mündelvermittelten Bevölkerung zu Preisen zu beschaffen, die für sie noch erschwinglich sind.

Auch die Lebensmittelversorgung, an sich Sache des Reichs, nimmt nicht allein Mittel der Stadt, sondern auch die aus privaten Mitteln gesammelten Summen in Anspruch. Die Zahl der in den Krankenhäusern und Privatsanatorien aufgestellten Betten hat sich vom Beginn des Krieges bis zum Anfang dieses Jahres auf mehr als das Doppelte erhöht und betrug im Januar dieses Jahres 8565 Betten. Die mehrfache Umlagerung der Organisation unserer Krankenhäuser zugunsten der Pflege der Verwundeten, insbesondere auch die Sorge für die infektionskranken Soldaten, hat unsere Krankenhäuserverwaltung stark beschäftigt.

Der Oberbürgermeister geht dann noch auf die wachsenden Wirkungen der zu Beginn des Krieges geschaffenen Kreditgenossenschaft, auf die Dankschuld, das errichtete Einigungsamt für Kriegsteilnehmer und Hypothekenzinsen, auf die einmütige Zustimmung eines Dank an all die Männer und Frauen, die sich den für den Krieg geschaffenen Institutionen als freiwillige Helfer zur Verfügung gestellt haben.

Obwohl die Zeit noch fern zu sein scheint, haben wir es doch in der Verwaltung ebenso wie die Stadtkorrespondenzsammlung bei ihren Beratungen für notwendig gehalten, auch die Maßnahmen, die nach dem Kriege zur Ueberwindung in der geordneten Wirtschaft erforderlich sind, in Erwägung zu ziehen. Sollte, was von mancher Seite auch jetzt noch befürchtet wird, eine Zeit der Arbeitslosigkeit eintreten, so müssen Projekte vorliegen, die sofort in Angriff genommen werden können, um Arbeitslosigkeit zu schaffen. Tiefbauamt und Hochbauamt sind in dieser Richtung tätig. Alle künftige Wohlfahrt unserer Bürger, die ganze künftige Entwicklung unserer Stadt ist davon abhängig, daß sie diese schwere Zeit, ohne daß ihre Institutionen ins Wanken kommen, übersteht. Deshalb ist es für uns und für die, denen die Leitung unserer Stadt anvertraut ist, das erste und einzige Gebot: Opferwillig und zureichend durchhalten bis zu einem glücklichen Frieden! (Lebhafter Beifall.)

Beisitz der Preisprüfstelle. In der Sitzung der Preisprüfstelle am 15. ds. Mts. wurden folgende Gegenstände behandelt: Zweck Vorbereitung der der Preisprüfstelle zur Beschlußfassung vorzulegenden Angelegenheiten wurden zunächst nachstehende Ausschüsse gebildet: „Allgemeiner Ausschuss, Ausschuss für Fleisch- und Wurstwaren, Ausschuss für Butter und sonstige Milchprodukte, Ausschuss für Gemüse und Obst und Ausschuss für Kolonialwaren.“ Die nach der Magistratsverordnung vom 8. Februar 1915 (Angelegenheit der städtischen Bediensteten Nr. 11 vom 8. Februar 1916) festgesetzten Höchstpreise für Schweinefleisch, Schmalz und Wurstwaren sollen bis zur Neuordnung der Preise usw. auf Grund des § 7 der Bundesratsverordnung vom 14. Februar 1916 (M. V. Nr. 10) in Kraft bleiben. Diese Neuordnung ist in Vorbereitung. Mit dem Vorschlag des Magistrats, betreffend über die Abgabe von Kartoffeln an Minderbemittelte zu ermäßigten Preisen bis zum 15. August ds. Js. erklärte sich die

Verammlung einverstanden. Danach soll der Zentner Kartoffeln zum Vorzugspreise von etwa 3,35 Mark an: 1. Familien von Kriegsteilnehmern, 2. städtische Arbeiter und Angehörige mit einem noch festzusetzenden Höchstpreise, 3. Schülern des Armenamtes, 4. Familien, die keiner der genannten Gruppen angehören, mit einem noch festzusetzenden Höchstpreise abgegeben werden. Schließlich stimmte die Preisprüfstelle dem Vorschlag zu, den Höchstpreis der Kleinhandelshöchstpreise für ein Pfund Sauerkraut auf 15 Pfennig, für ein Pfund Zwiebeln auf 20 Pfennig, für ein Pfund rote Rüben auf 11 Pfennig zu. Der Magistrat hat diesem Vorschlag entsprechend die Preise geändert.

Zugulagen in der Lebensmittel- und Kleinfabrik-Industrie. Der vor fünf Jahren abgeschlossene Lohnvertrag dieser Gewerbe würde am 30. Juli ablaufen. Gestern vereinbarten Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen auf einer Versammlung in Frankfurt a. M. die Verlängerung um ein Jahr unter folgenden Bedingungen: Es sollen in den Tarifverträgen (Frankfurt, Berlin, Stuttgart, Freiburg i. S.) ab 1. April lokale Teuerungszugulagen gewährt werden und die Unternehmerorganisation verpflichtet ihre Mitglieder, diese Zugulagen schriftlich anzuerkennen, so daß die ganze Abmachung nach den für das Gewerbe geltenden Tarifnormen rechtsverbindlich wird.

Verordnung über Rohstoffe. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 16. März eine Verordnung über Rohstoffe erlassen. Die Verordnung bestimmt, daß die bei den gewerblichen Schlachtungen von Rindvieh und Schafen anfallenden Innereien und Abfälle aus Verlangen des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette an die von diesem bestimmten Sammel- oder Sammelstellen abzuliefern sind. Der Kriegsausschuss hat für eine zweckmäßige Verarbeitung der Rohstoffe zu sorgen und das ausgeschmolzene Fett nach den Weisungen des Reichsausschusses dem Verbands als Rohstoff oder der Weiterverarbeitung zu Margarine zuzuführen. Die Uebernahmepreise, die für die abgelieferten Rohstoffe zu zahlen sind, werden nach den Ermittlungen eines Sachverständigen-Ausschusses festgesetzt. Die Verpflichtung zur Ablieferung der Rohstoffe tritt erst ein, wenn der Kriegsausschuss das entsprechende Verlangen durch eine öffentliche Bekanntmachung in den einzelnen Gemeinden stellt. Der Kriegsausschuss wird Anweisung erhalten, zunächst in den Gebieten, in welchen schon in Friedenszeiten von Rohstoffen Schweigen ein weitverbreitetes Sammeln ausgeübt war, von seinem Recht Gebrauch zu machen und dann vorläufig je nach dem weiteren Ausbau seiner Zubringer-Einrichtungen und Errichtung neuer Feintalgmüllereien die Beschaffung der Rohstoffe auch auf solche Gebiete auszudehnen, aus denen bisher Feintalgmüllereien Rohstoffe noch nicht zugeführt haben.

Die Einführung der Fleischsteuer wird noch erwogen. Zu den Meldungen über eine Regelung des Fleischverbrauchs erfahren wir von zuständigen Seite, daß eine solche wohl bevorsteht, daß aber bisher noch keine Entscheidung darüber getroffen wurde, ob die Regelung durch die Einführung von Fleischkarten oder in anderer Form erfolgt.

Neues aus aller Welt.

Die neue Zeit und der alte Geist.

Bei dem Postamt 1 in Vosen sind seit einiger Zeit etwa zwölf weibliche Personen als Briefträgerinnen beschäftigt. Eines dieser jungen Mädchen war Mitglied des Musikvereins Vosen, dessen Dirigent ein Rinderarzt und Postvertrauensmann Dr. Burom war. Das Mädchen, dessen Vater Koch und jetzt zum Seeresdienst eingezogen ist, war bisher Schneiderin und wohnt bei den Eltern. Nun traf es sich, daß dieses Mädchen beim Bestelldienst mit der Briefträgerin eines Tages auf der Straße der Frau Dr. Burom begegnete, die ihren Gruß kaum erwiderte. Kurze Zeit darauf erhielt die junge Briefträgerin, nach Mitteilung der Berliner „Beamten-Korrespondenz“, folgendes Schreiben:

Vosen, 11. Februar 1916.

Fräulein G.

Vosen.

Es sind im Kreise des Vereins Damenchor des Musikvereins Vosen laut geworden, ob Ihre jetzige Beschäftigung als Briefträgerin sich mit den Grundsätzen des Vereins deckt. Der Vorstand des Vereins hat in seinem Interesse deshalb beschlossen, Sie zu ersuchen, den Proben und Aufführungen, solange Sie Ihren jetzigen Beschäftigung nachgeben, fernzubleiben. Ferner, geliehenes Notenmaterial wollen Sie bitte bald dem Verein wieder zustellen.

Der Vorstand
des Vereins Damenchor des Musikvereins Vosen.
(Unterzeichnet.)

Die Borniertheit, die aus diesem Schreiben spricht, übersteigt wahrlich alle Grenzen. Die Vereinsdamen, die vor dem Kriege sich noch herabließen, mit einer Schneiderin zusammen in einem Verein zu wirken, rüden nun in dieser beschränkten Form von ihr ab, nur weil sie infolge nicht genügender Erwerbsmöglichkeit in ihrem Beruf sich nach einem andern umseh, der jenen Damen nicht mehr standesgemäß erscheint.

Das Geschworenengericht in Berlin verurteilte den früheren Rechtsanwalt Dr. Vase wegen des in Bangkok in China gegen seinen Bruder verübten Mordes durch Körperverletzung mit Todeserfolg unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis, unter Abrechnung von einem Jahr und neun Monaten auf die Untersuchungshaft.

Für Diktierleser unter den Zeitungslesern allerorten empfiehlt sich folgende Vielfachnotiz der „Halberstädter Zeitung“ der Bedeutung: Wir sind infolge der Papierknappheit nicht mehr in der Lage, Gedichte aufnehmen zu können, da wir mit jeder Zeile Raum rechnen müssen. Eine Ausnahme von diesem Grundsatze kann nur bei ganz besonderen Verhältnissen gemacht werden. Auch würden uns unsere Leser freuen, wenn wir alle Gedichte, die uns zugesandt bekommen, abdrucken könnten.

Telegramme.

Der neue Kriegsminister.

Paris, 16. März. (M. V. Nachrichten.) Meldung der Agence Havas. Divisionsgeneral Roques ist zum Kriegsminister an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Generals Gallieni ernannt worden.

Cadornas Bericht.

Rom, 17. März. (M. V. Nachrichten.) Amtlicher Bericht. Im Agatino-Tale, im oberen Alico und im Sugana-Tale trafen leistungsfähige und zusammenhängende einzelner Abteilungen, die sich um günstig verhielten. Am oberen Alico beherrschte gestern die Artillerie die Artilleriestellung; diese war nur auf den Höhen westlich von Wäz besetzt. Auf dem Wäz dauerte der erbitterte Kampf um die im Abschnitt von San Martino von uns eroberten Stellungen an. Am 14. und 15. März unternahm der Feind noch heftige Artillerie- und Infanterieangriffe auf unsere Stellungen und drang bis an unsere Gräben vor; er wurde jedoch kräftig zurückgeschlagen und ließ zahlreiche Tote auf dem Gelände liegen. Morgens nahm die feindliche Artillerie ihre Tätigkeit wieder auf und setzte sie mit wachsender Heftigkeit bis in die Nacht fort. Aber die Standhaftigkeit unserer Infanterie und die wirksame dauernde Unterstützung unserer Artillerie machten es möglich, die angegriffenen Stellungen festzuhalten. An der übrigen Front sahen unsere Abteilungen ihre Vortöße fort, zerstörten an mehreren Stellen durch Bombenwürfe feindliche Verteidigungsarbeiten, brachten dem Feinde Verluste bei und verursachten heftige Explosionen.